

## Grüne Grundlagen für ein Thüringer Integrations- und Teilhabekonzept

### Beschluss des Landesparteirats BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen

5. März 2016 in Mühlhausen

- 5 In den letzten Monaten haben die Landesregierung, die Landkreise, die kreisfreien Städte und Gemeinden vorrangig die Unterbringung und Verteilung von Asylsuchenden und Geflüchteten sichergestellt. Das von der Landesregierung vorgelegte Konzept der Ankommens-Portale und der Aufteilung der Aufgaben auf die verschiedenen Erstaufnahmeeinrichtungen begrüßen wir, ist es doch ein wichtiger Schritt zur schnelleren Antrags-
- 10 bearbeitung. Zum Ankommen und würdevollen Leben in Deutschland gehört aber mehr als nur ein warmes Dach über dem Kopf und etwas zu Essen für jede und jeden. Damit es gelingt, aus den bei uns Schutzsuchenden Neubürger\*innen zu machen und um gleichzeitig die Gesellschaft für die Integrationsaufgaben aufzuschließen, sind durchdachte und auf Langfristigkeit angelegte Konzepte zur Integration notwendig.
- 15 Am 14. September 2014 haben die Bürger\*innen in Thüringen den Wechsel gewählt. Damit verbunden ist auch eine Kehrtwende im Umgang mit Migrant\*innen, insbesondere mit Geflüchteten und Asylsuchenden. Uns geht es dabei nicht um Abschottung, sondern vor allem um gelingende Integration und Teilhabe. Besonders durch die Arbeit des Grün geführten Migrationsministeriums und unserer Fraktion im Landtag haben wir Grüne
- 20 zusammen mit unseren Regierungspartnern neue Wege beschritten und erste Fortschritte in der Integrations- und Teilhabepolitik erreicht: Neue Erstaufnahmeeinrichtungen wurden geschaffen, Sprachklassen an den Schulen eingerichtet, die Investitionszuschüsse auf die Schaffung dezentralen Wohnraums ausgeweitet und viele Projekte zur Integration auf den Weg gebracht. Insgesamt haben wir so die Kapazitäten um ein Vielfaches erhöht und den
- 25 Dialog mit den Bürger\*innen vor Ort gesucht, um aktiv für unsere Vorhaben zu werben. Auch hier stehen wir für eine Politik, die im Gespräch mit den Menschen nach guten Lösungen sucht. Der erste Thüringer Flüchtlingsgipfel ist ein Ergebnis grüner Teilhabepolitik. Wir sind uns bewusst, dass auf diesem Weg noch weitere Schritte gegangen werden müssen.
- 30 Die vor uns liegende Aufgabe der Integration von Geflüchteten aber geht uns alle an und muss letztlich vor allem im Alltag stattfinden. Zentrale Bereiche sind dabei für uns eine menschenwürdige Unterbringung, Bildungs- und Sprachangebote, eine gute, migrations-

sensible Bildung in Kita, Schule und Ausbildung sowie die Integration in den Arbeitsmarkt. All das müssen wir ressortübergreifend denken und dabei auch auf die Modelle und  
35 Angebote zurückgreifen, die bereits gut funktionieren.

### **Willkommen in Thüringen**

Die Landesregierung muss nun ein umfassendes Integrations- und Teilhabekonzept vorlegen, welches konkrete Maßnahmen und prüfbare Ziele in den verschiedenen Integrationsbereichen beinhaltet und das partizipatorisch mit allen relevanten Akteuren, insbesondere dem Landesintegrationsbeirat und den dazu gehörigen Arbeitsgruppen, erarbeitet wurde.  
40

Ziel dieses Konzeptes muss eine hohe Praxistauglichkeit sein. Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern und zivilgesellschaftlichen Akteuren wollen wir für Thüringen ein Modell entwickeln, das sowohl den speziellen Anforderungen des ländlichen wie auch des städtischen Raums gerecht wird. Dazu gehören Festlegungen, wie wir uns optimale Bürger\*innenbeteiligung in der Integrationsarbeit vorstellen und wie sich bestehende Angebote interkulturell öffnen lassen, welchen Beitrag Kultur, Sozialarbeit, Bildungsinstitutionen, Wissenschaft und Wirtschaft leisten sollen und welche Rahmenbedingungen sie dafür brauchen. Gleichzeitig brauchen wir in diesem Maßnahmenplan die Möglichkeit zur Weiterentwicklung, denn Integrations- und Teilhabepolitik muss beweglich und lernfähig sein.  
45

### **50 Schnelle Entscheidungen für mehr Klarheit**

Für gelingende Integration ist die schnelle Bearbeitung von Asylanträgen eine wichtige Voraussetzung. Asylverfahren sollen zügig, aber sachlich richtig nach Gesetzen und Vorgaben durchgeführt werden. Dadurch können sich die Ankommenden schnell ein neues Leben in Deutschland aufbauen und haben rasch Sicherheit über ihren Status. Hier sind der Bund und das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) in der Pflicht. Nach wie vor sind in Thüringen die Bedingungen dafür unzureichend. Wir fordern mehr ausgebildete Entscheider\*innen, um die endlosen Verfahren zu verkürzen und den entstandenen Antragsstau schnellstmöglich abzubauen. Damit Asylverfahren zügig ablaufen können und die Rechtssicherheit auch bei den Asylsuchenden erhöht wird, sind zudem Angebote der Asylverfahrensberatung wichtig. Daher fordern wir die Landesregierung auf, diese Angebote im Rahmen der Erstaufnahme weiter auszubauen, so dass diese Beratung an allen Erstaufnahmestandorten gewährleistet wird.  
55  
60

Wichtig ist zudem eine durchdachte und effiziente Organisation der Abläufe in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Auch über die weitere Verteilung in den Kommunen und Landkreisen

65 muss mit Blick auf Integrationsmaßnahmen nachgedacht werden. Ein ganz besonderes Augenmerk müssen wir auch auf die Zeit unmittelbar nach der Anerkennung von Geflüchteten legen, die ein Bleiberecht erhalten haben und aus der Verantwortung der Landkreise entlassen werden. Gerade in diesem Abschnitt brauchen die Menschen hauptamtliche und ehrenamtliche Unterstützung im Alltag, z.B. von Patenschaftsinitiativen.

#### 70 **Bildung und Sprachvermittlung / Förderung von Mehrsprachigkeit**

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht. Daher sollten bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen neben Sprachkursen, die schon parallel zum Asylverfahren angeboten werden, auch weitere Bildungs- und Informationsangebote, unter anderem über das Leben in Thüringen, stattfinden. Zugewanderte brauchen möglichst frühzeitig Orientierung und  
75 Transparenz. Diese Angebote müssen zu Beginn mehrsprachig sein. Dazu wollen wir die Angebote der Erwachsenenbildung ausbauen und fordern, die Träger der Erwachsenenbildung entsprechend zu fördern.

Die öffentlich-rechtlichen Medien sollten ihr Angebotsspektrum um Mehrsprachigkeit und interkulturelle Aspekte erweitern und damit einen Beitrag zur Integration im Rahmen ihrer  
80 Programme leisten.

Wichtig ist außerdem die Bündelung von sozialpädagogischen Angeboten und Angeboten im Freizeitbereich in der Nähe der Erstaufnahmeeinrichtungen, wie sie z.B. im Bildungscampus in Mühlhausen gerade exemplarisch entwickelt werden.

Nach drei Monaten Aufenthalt setzt in Thüringen die Schulpflicht ein, die zehn Schulbesuchsjahre umfasst. Auf Grund der Fluchtsituation weisen viele Jugendliche Lücken in ihrer  
85 Bildungsbiographie aus. Die Regelungen zur Schulpflicht müssen deshalb dahingehend überarbeitet werden, dass möglichst viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene einen Schulabschluss erwerben können, auch wenn sie inzwischen älter als 16 Jahre sind. Damit dies gelingt, brauchen die Schulen im Freistaat ausreichend feste Stellen für neue Lehrkräfte. Diese müssen seitens des Landes zur Verfügung gestellt werden. Das berufsvorbereitende Jahr soll bis 27 Jahre geöffnet werden. Auch den Weg zum Abitur wollen wir für  
90 Schüler\*innen mit einem Fluchthintergrund weiter öffnen.

Wir unterstützen Bildungsinitiativen von Geflüchteten als einen Beitrag zur Förderung von Vielfalt und Begegnung.

95 Die Mehrsprachigkeit der Kinder und Jugendlichen wollen wir in Schule und Ausbildung deutlicher fördern. Ihre jeweilige Muttersprache sollte in Schule und Ausbildung als Fremdsprache anerkannt werden.

Sprachkurse und Integrationskurse sollten für alle Zugewanderten, Asylsuchenden und Geduldeten ausreichend zur Verfügung stehen und unabhängig von der Familiensituation  
100 angeboten werden. Wir Grüne fordern, dass Sprach- und Integrationskurse für Geflüchtete kostenlos und für alle gleichermaßen zugänglich bleiben, und werden uns dafür auf allen Ebenen einsetzen.

### **Ehrenamtsförderung**

Die Einbindung von Ehrenamtsinitiativen schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen und dann  
105 vor allem in den Kommunen ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg. Wir wissen aber auch, dass ehrenamtliche Tätigkeiten die staatlichen Aufgaben in keinem Fall ersetzen können und sollen. Daher fordern wir zusätzlich den Ausbau professioneller Strukturen, die sich an Leitlinien der Weltoffenheit und der Menschlichkeit orientieren.

Geflüchtete wollen wir in ihrer Eigenorganisation stärken. Perspektivisch ist es unser Ziel,  
110 dass sich Geflüchteteninitiativen etablieren, die ihre eigenen Erfahrungen an neu nach Thüringen Kommende weitergeben und ihnen hier im Umgang mit Behörden helfen.

Für die ehrenamtlich Tätigen sind Möglichkeiten des Engagements in Erstaufnahme-  
einrichtungen, Gemeinschaftsunterkünften und Kommunen zu verbessern, um auf allen  
Seiten Offenheit für Veränderungsprozesse zu ermöglichen.

Wir fordern die Kommunen auf, feste Stellen für eine effiziente Ehrenamtskoordination  
115 einzurichten, da dies eine langfristige Querschnittsaufgabe für die kommunale Verwaltung darstellt. Für die Ehrenamtler\*innen sind das die Kontaktstellen in die Verwaltung hinein, die wiederum auf der Seite der Verwaltung das Vertrauen in die ehrenamtliche Arbeit stärken. Wir unterstützen und begrüßen den Aufbau von ehrenamtlichen Netzwerken und  
120 die Bildung von Patenschaftsinitiativen.

Allen ehrenamtlich Tätigen sollten durch Beratungs- und Bildungsangebote Kompetenzen für ihre Arbeit vermittelt werden. Wir wollen weiterhin Initiativen und Organisationen fördern, die Bildung und Informationen in verschiedenen Bereichen insbesondere an ehrenamtlich Tätige weitergeben. Dazu gehören insbesondere Bildungsangebote in den

125 Bereichen Sprachbildung, Erste Hilfe und Umgang mit menschenverachtenden Ideologien und deren Folgen.

### **Integration durch Sport ausbauen**

Sport ist ein wichtiges Mittel der Integration. Thüringer Sportvereine beziehen teilweise bereits heute Geflüchtete und Migrant\*innen in ihre Angebote ein und ermöglichen so eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Zusätzliche finanzielle Mittel für den Thüringer Sport in den kommenden Haushaltsjahren sollen deshalb auch für den Aufbau zielgerichteter Angebote für Geflüchtete und Migrant\*innen in den Thüringer Sportvereinen verwendet werden. Gleichzeitig müssen bestehende Thüringer Aktivitäten im bundesweiten Programm „Integration durch Sport“ weiter qualifiziert und ausgebaut werden. Besonders wichtig sind uns dabei die Förderung von Frauen und Mädchen.

### **Integration durch Arbeit und Ausbildung**

Eine erste Feststellung der Schul- und Ausbildungsbiographie soll schon in der Erstaufnahmeeinrichtung durch die Erfassung von Qualifikationen in Zusammenarbeit mit der ARGE bzw. dem Jobcenter stattfinden. Wir wollen auf eine Entbürokratisierung der Anerkennungshürden für Noten und Abschlüsse hinwirken. Dazu gehört insbesondere die praxisorientierte Anerkennung von Qualifikationen. Dazu fordern wir auch die Überprüfung und eventuelle Überarbeitung der Referenzrahmen zur Anerkennung von Noten und Abschlüssen.

Hier ist neben der Einbindung von IHKs und Handwerkskammern auch die Berücksichtigung des regionalen Arbeitsmarktes wichtig. Aktiv müssen Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen gesucht werden, die z.B. Patenschaften für Geflüchtete übernehmen oder Praktikumsplätze anbieten können.

Wir Grünen fordern eine Kombination von Arbeits- sowie Praktikumsangeboten für Geflüchtete mit Sprachkursen. Auch setzen wir uns dafür ein, dass für Geflüchtete die gleichen Rechtsgrundlagen im Arbeits- und Ausbildungsbereich gelten wie für alle Arbeitnehmer\*innen.

Wir Grünen setzen auf eine Prozesskette aus formaler und informaler Kompetenzfeststellung, eine Berufs-, Ausbildungs- und Schullaufbahnberatung, die selbstverständlich alle Instrumente der Arbeitsmarktintegration nutzt und die Förderung von regionalen Netzwerken von Ausbildung und Beruf.

Von der Bundesregierung fordern wir, die Vorrangprüfung gesetzlich abzuschaffen. Menschen mit guter Bleibeperspektive muss ein unmittelbarer Zugang zum Arbeitsmarkt möglich sein, sobald sie die dafür notwendige fachliche Qualifizierung vorweisen können.

### **Kommunen**

160 Die Kommunen und Landkreise müssen gestärkt und mit ausreichend finanziellen Mitteln und Knowhow ausgestattet werden, damit sie die übertragenen Aufgaben gemeinsam mit den Thüringer\*innen meistern können. Hier sehen wir sowohl den Bund als auch das Land stärker in der Pflicht.

Die dezentrale Unterbringung Asylsuchender in den Kommunen soll noch stärker forciert  
165 und die Rahmenbedingungen für die dezentrale Unterbringung Schritt für Schritt verbessert werden. Über die Kommunalparlamente kann und sollte auf städtische Wohnungsbauunternehmen und Genossenschaften eingewirkt werden, insbesondere auch anerkannten Geflüchteten mit Bleiberecht dezentrale Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Wenn hoher Leerstand in ländlichen Räumen übervollen Gemeinschaftsunterkünften ohne Privatsphäre  
170 gegenübersteht, müssen wir umsteuern und auch in den Wohnungsgesellschaften und privaten Vermieter\*innen Partner suchen.

Notwendig für eine gelingende Integrationsarbeit vor Ort ist die interkulturelle Sensibilisierung von Entscheidungsträger\*innen in den Kommunen. Es liegt nahe, dass sich Kommunen für diese Aufgabe vernetzen und regelmäßig austauschen. Interkulturelle Trainings in  
175 Behörden, Ämtern, bei der Polizei und anderen Institutionen sollten angeregt und ermöglicht werden.

Jede Kommune soll sich zu einer Integrationskommune weiterentwickeln. Dabei geht es gerade nicht darum, dass die Aufgaben für Geflüchtete separat gedacht werden. Vielmehr sollen Verwaltungen dazu befähigt werden, für alle Menschen ihre Leistungen in hoher  
180 Qualität weiterhin vorzuhalten. Geflüchtete sollen jedoch als eine von vielen Anspruchsgruppen, als Nutzer\*innen von kommunalen Angeboten und als Bestandteil unserer Bevölkerung mitgedacht werden. Für uns gehört dazu ein reflektierter Weg der interkulturellen Öffnung.

### **Gesundheitliche und psychosoziale Versorgung**

185 Die gesundheitliche und medizinische Versorgung der Geflüchteten muss optimiert und das Instrument der elektronischen Gesundheitskarte in Thüringen schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden. Dafür ist eine ministeriumsübergreifende Zusammenarbeit nötig. Besonders die Bereiche Prävention, Gesundheitsaufklärung und Interkulturelle Kompetenz sollten auch bei der medizinischen Versorgung ausgebaut werden. Wir wollen Bildungsangebote für  
190 medizinisches Personal vorantreiben. Daher setzen wir uns für eine schwerpunktorientierte Einrichtung von Übersetzer\*innen-Stellen in Krankenhäusern, Ärzt\*innenhäusern und Praxen ein. Außerdem wollen wir mit den Akteur\*innen des Gesundheitssektors darauf hinwirken, eine grundsätzliche interkulturelle Öffnung der medizinischen Versorgung zu erreichen. Auch die psychosoziale Versorgung wollen wir stärken, indem beispielsweise ein Trauma-  
195 Vernetzungszentrum aufgebaut wird. Von hier aus könnten neben einer Akutanlaufstelle auch Fort- und Weiterbildungen für verschiedenste Organisationen (Schulen, Vereine) angeboten werden.

#### **Unbegleitete minderjährige Geflüchtete / Kinder und Jugendliche**

Kinder und Jugendliche stehen unter dem besonderen Schutz der Gemeinschaft. Das  
200 Kinder- und Jugendhilfegesetz unterscheidet nicht zwischen ausländischen und hier geborenen Menschen, die UN-Kinderrechtskonvention betont die Berücksichtigung des Kindeswohls bei allen behördlichen Entscheidungen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass diese Grundsätze auch in Thüringen eingehalten werden. Kinder und Jugendliche, die eine gefahrvolle Flucht ohne ihre Eltern gemeistert haben, benötigen besonderes Verständnis  
205 sowie eine Betreuungsstruktur, die ihren speziellen Anforderungen gerecht wird. Einer Aushöhung von Rechtsansprüchen zu Lasten der zugewanderten Kinder und Jugendlichen (z.B. bei der Vergabe von Kita- und Schulplätzen, bei Sprachförder- und Integrationsmaßnahmen) treten wir entschieden entgegen und erwarten von den Behörden in Thüringen eine kindeswohlorientierte Ermessensausübung.

210 Große Herausforderungen stehen bei der schulischen Integration an. Viele unbegleitete minderjährige Geflüchtete haben eine unzureichende schulische Ausbildung. Neben effektiven Sprachkursen und gut ausgestatteten Schulen brauchen wir auch zielgenauere Instrumente, die eine Förderung dieser Jugendlichen bis zur Ausbildungsreife und darüber hinaus gewährleisten.

#### **215 Erfahrungsaustausch und Netzwerke**

Damit Integrationsprojekte erfolgreich etabliert werden, wollen wir thüringen- und bundesweit die Vernetzung und den fachlichen Austausch zu diesen Themen stärken. Wir

wollen Initiativen aller Art bei ihrer Vernetzung unterstützen, sowohl Ehrenamtsinitiativen als auch Initiativen von Geflüchteten. Wertvolle Best-Practice-Projekte wollen wir  
220 bekannter machen. Wir alle können und werden voneinander lernen. Dafür müssen wir geeignete Formate - seien es regelmäßige Treffen oder auch digitale Foren - erproben.

### **Integrations- und Teilhabekonferenz im Jahr 2016**

Um die Fortschritte in der Entwicklung einer nachhaltigen und humanen Integrations- und Teilhabepolitik zu überprüfen und gegebenenfalls nachzusteuern, fordern wir Grünen eine  
225 Thüringer Integrations- und Teilhabekonferenz im Jahr 2016.